

## **Faesers frecher Anschlag auf den Rechtsstaat**

**I**m Superwahljahr 2024 schickt sich die regierende Ampel-Koalition an, den drohenden Wahlerfolg der AfD mit allen Mitteln zu verhindern. Schließlich geht es bei den linken Systemparteien um Machtverlust und damit auch um schwindende Pfründe. Hierzu gehört vor allem die Aufstockung des Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutz (VS), der dem Innenministerium untersteht. Und dieser wiederum kann entscheiden, ob er eine unliebsame Oppositionspartei als »Verdachtsfall« zur Beobachtung bzw. als »gesichert rechtsextremistisch« mit all den negativen Folgen für die Partei und deren Mitglieder einstuft. Schon vor drei Jahrzehnten praktizierte man dies erfolgreich, um Beamte und Offiziere aus der Partei »Die Republikaner« zu treiben.

Mit ihrem 13-Punkte-Paket unter dem vernebelnden Titel »Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen – Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen« will die Antifa-affine krebsrote Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den weiteren Aufstieg der bundesweit auf Platz 2 liegenden Oppositionskraft krampfhaft stoppen. So soll der VS nicht nur ausgebaut, sondern auch mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden. Dazu soll etwa das Aufspüren legaler Finanzquellen wie Spenden für unliebsame Vereine gehören, wobei laut Faeser kein Spender mehr sicher sein soll vor Enttarnung! Damit zeigt sie deutlich, was sie von Datenschutz hält. Das Ziel ist klar: Potentielle Geldgeber für rechte Vereine sollen abgeschreckt und diese damit ausgetrocknet werden. Eine klassische Antifa-Denunziationsmasche!

Grundlage für das zwanghafte Bestreben der Herrschenden ist das aufgebauschte und völlig (bewußt) falsch interpretierte Treffen rechter Zeitgenossen in Potsdam. Diese harmlose Zusammenkunft, bei der es keinerlei verfassungsfeindliche Aktivitäten gab – wie übereinstimmend mehrere seriöse Teilnehmer berichteten –, war in Zusammenwirken von Antifa-Medien und VS samt dessen technischer Ausrüstung zu einem rechtsextremen Popanz mit krimineller Energie aufgeblasen worden, um einen Vorwand für Gegenmaßnahmen zu bekommen. Hierbei zeigte sich das Phänomen der gleichgeschalteten Systemmedien, die unisono das Potsdamer Treffen gezielt fehlinterpretierten. Dessen Teilnehmer konnten lediglich in alternativen Medien dazu Stellung nehmen.

›Correctiv‹ will ein rechtes Geheimgespräch aufgedeckt haben, das nie geheim war. Die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (13.2.24) berichtet, daß sich die Geschäftsführerin des Recherchenetzwerks, Jeannette Gusko, unmittelbar vor dem vermeintlichen Potsdamer ›Geheimgespräch‹ mit Vertretern der Bundesregierung, auch mit Kanzler Scholz, getroffen habe, und zwar im Bundeskanzleramt und in Leipzig. Laut dem Nachrichtenportal *Nius* hätten sich Regierungsvertreter und ›Correctiv‹-Mitarbeiter in den vergangenen vier Jahren elfmal ausgetauscht.



Faesers 13-Punkte-Plan sieht auch eine Ausweitung des Disziplinarrechts vor, womit unter Umgehung von Gerichten angebliche Verfassungsfeinde leichter aus dem öffentlichen Bundesdienst entfernbar sein sollen. Ferner soll im Hinblick auf Personen mit unliebsamer Meinung das Waffenverbot ausgeweitet werden. Außerdem will man sogenannte rechtsextremistische Veranstaltungen mit allen rechtlichen Mitteln untersagen dürfen. Dazu sollen verstärkt verwaltungsrechtliche Bestimmungen aus dem Gewerbe- und Gaststättenrecht Anwendung finden. Dies stellt eine weitere Aushöhlung elementarer Grundrechte wie des Versammlungsrechts dar. Keine Kritik an Faesers frechem Angriff auf den Rechtsstaat kommt von der oppositionellen CDU/CSU – schließlich geht es ja gegen den gemeinsamen Gegner!

Bedenken in bezug auf Faesers Vorgehen sind aber aus den Reihen konservativer und liberaler Juristen zu hören. So zieht der einstige Verteidigungsminister und Staatsrechtler Rupert Scholz (CDU) Vergleiche zum DDR-Straftatbestand »Staatsfeindliche Hetze«. Denn die neue Verfassungsschutzkategorie »Delegitimierung des Staates« komme diesem DDR-Begriff recht nahe. Auch der hochbetagte, ehemalige Innenminister Gerhart Baum (FDP), ein scharfer AfD-Gegner und Vertreter des linksliberalen Flügels seiner Partei, warnt vor Gesinnungstests für pensionierte politische Beamte: »Wir müssen dem Staat nicht beweisen, daß wir Demokraten sind.« Ende der 1970er Jahre war Baum maßgeblich daran beteiligt, daß der Anfang 1972 eingeführte »Radikalerlaß« abgeschafft wurde.

Als prominenteste ausländische Zeitung kritisierte die linksliberale *New York Times* den »13-Punkte-Plan gegen den Rechtsextremismus«: »Die Bemühungen, den Aufstieg der AfD einzudämmen, werden nun auf nationaler Ebene intensiviert, doch diese Bemühungen können unbeabsichtigt dazu führen, daß die demokratischen Funktionen in Deutschland geschwächt werden.« Juristen weisen auch drauf hin, daß in den Genuß von Faesers Anti-Rechts-Programm auch fragwürdige Antifa-Vereine sowie dubiose Gestalten kommen, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung recht wenig am Hut haben.

Politische Beobachter der Mitte zählen dazu etwa einen der beiden Geschäftsführer der tendenziösen Recherche-Plattform ›Correctiv‹, David Schraven. Besagte Organisation war in Zusammenhang mit dem inszenierten Skandal von Potsdam plötzlich ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geraten und von den etablierten Medien als vermeintlich unabhängig und objektiv ermittelnde Institution dargestellt worden.

## Faesers 13-Punkte-Plan in erster Linie ein Anti-AfD-Gesetz

Wir erwähnten oben den früheren Verteidigungsminister und renommierten Staatsrechtler Rupert Scholz. Auf die Frage, ob besagtes Treffen in Postdam »verfassungswidrig« gewesen sei, wie u.a. von Bundesinnenministerin Nancy Faeser fälschlich behauptet, und ob die AfD zu verbieten sei, antwortet Scholz Rupert kategorisch: »Die AfD ist in der Form, in der sie heute besteht, keine verfassungswidrige oder gar zu verbietende Partei.« Demokratiedefizite sieht er eher bei den Gegnern, die dafür das Grundgesetz fehlinterpretieren:

»Nach Artikel 21 Grundgesetz sind Parteiverbote nach der eindeutigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur dann statthaft, wenn eine bestimmte verfassungsfeindliche Haltung oder Meinung in Aggressivität, in wirklichen Angriff auf unsere demokratische Grundordnung, einmündet oder solches praktiziert wird. Die Verfassungslage ist klar. Es ist nicht zu akzeptieren, ständig öffentlich zu debattieren, ob ein solches Verbot anzustrengen ist. Das läuft auf eine Wählerbeschimpfung hinaus.« (Interview mit *Tichys Einblick* vom 13.1.2024)



Für Rupert Scholz sei »falsch«, die AfD ausschließlich »als Populisten zu bekämpfen«.

Mit ihrem Demokratiefördergesetz, das einen beispiellosen Angriff auf die Meinungsfreiheit und sogar eine latente für den Rechtsstaat darstellt, will Faeser den Kampf »gegen Rechts« und insbesondere gegen die AfD forcieren. Besonders schlimm ist, daß sie sich Kritik an ihrem Maßnahmenpaket verbittet. Nicht wenigen kritischen und besonnenen Bürgern fällt es wie Schuppen von den Augen, wenn sie klischeehafte demokratiefeindliche Ansichten – wohlgemerkt – einer Bundesministerin – wie folgender zu hören bekommen: »Die AfD verehrt Putin und verachtet das moderne Deutschland.« Sie stehe für eine massive Rolle rückwärts, für mehr Armut, weniger Gerechtigkeit, weniger Gleichberechtigung von Frauen. »Sie ist ein Standortrisiko, weil sie Fachkräfte abschreckt. Darüber muß man mit den Menschen reden.« (AFP, 25.3.24) Faeser versteift sich. Sie möchte *linke Staatsbürgerkunde* schon in Kitas durchgesetzt sehen: »In der Kindertagesstätte muss man schon dafür sorgen, weil man merkt doch..., was von Eltern vermittelt wird. Das kommt doch bei den Kindern an. Das Kind alleine ist nicht rassistisch.«

### Aus der wehrhatten Demokratie droht eine autoritäre zu werden

Die Innenministerin und ihr Geheimdienstchef Thomas Haldenwang (CDU) wollen künftig jeden verfolgen, der den Staat kritisiert. Bei der Vorstellung des 13 Punkte-Plans warnte Haldenwang nicht nur vor rechtsextremistischen Straftaten, sondern auch vor »verbaler und mentaler Grenzverschiebung« (sic!); er äußerte gar die ominöse Absicht, künftig auch Äußerungen **unterhalb der Strafbarkeitsgrenze** (Familienministerin Paus) verfolgen zu wollen! Alexander Kissler, Redakteur der seriösen *Neuen Zürcher Zeitung* Deutschland in Berlin, hat es auf den Punkt gebracht:

»Die Liste der Zuwendungsempfänger für das bereits existierende ›Demokratie leben‹-Programm läßt keine Zweifel, wohin die ideologische Reise gehen soll. Wer angibt, sich für Demokratie und ›gegen rechts‹ einzusetzen, wird mit Zuwendungen belohnt. Die Regierung will sich mit dem Geld der Steuerzahler eine Zivilgesellschaft nach ihrem Antlitz formen, stramm links der Mitte.«

Das Credo all der Nutznießer dieser Zuwendungen lautet, daß ein wehrhafter Staat Zusammenhalt schaffe und »unsere Demokratie« schütze. In Wirklichkeit tragen sie zur Spaltung der Volksgemeinschaft bei. Sogar Bundespräsident Steinmeier, der sein Amt traditionell *überparteilich* ausüben hat, mischt sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit tatkräftig ein, wie zuletzt in seiner Rede bei der Leipziger Buchmesse am 21. März, in der er vor dem Hintergrund der anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen, die »Mehrheit«, für die er zu sprechen beanspruche, dazu aufforderte, ihr Kreuz in der Wahlkabine nicht bei der AfD zu machen! Man darf gespannt sein, wie eine derart unverblümete Wahlempfehlung durch den obersten Repräsentanten des Staates in den neuen Bundesländern ankommen wird.

Unterstützung erhält Faeser erstaunlicherweise gerade aus der Finanz- und Wirtschaftswelt. So von Bundesbank-Präsident Joachim Nagel, der nach eigenem Bekunden neuerdings selber auch an Demonstrationen »für die Demokratie« teilgenommen habe und die Behauptung wagt, daß dringend benötigte Fachkräfte sowie Investoren aufgrund der gegenwärtigen »rechtsextremistischen Tendenzen« abgeschreckt würden, was »unseren Wohlstand« bedrohe. Das ist eine billige Argumentation, verschweigt Nagel doch die tatsächlichen und vielfältigen Gründe für den katastrophalen Arbeitskraftmangel, nämlich eine verfehlte Politik seit mehreren Jahrzehnten.

Den Vogel schoß zweifellos der Schrauben-König Reinhold Würth aus Künzelsau. Am 19. März warnte er in einem Brief seine 25.000 Mitarbeiter erindringlich davor, einfach aus Unzufriedenheit die AfD zu wählen: »Bloß wegen ein bißchen Spaß an der Freude Rabatz zu machen und aus Unmut über die Ampelregierung die AfD zu wählen, ist einfach zu wenig.« Und erntete dafür nicht nur Begeisterung. Offenbar vertraut Würth seinen Mitarbeitern die eigenen, für sie richtigen Entscheidungen zu treffen. Daraufhin fühlten sich weitere 50 deutsche Unternehmen, darunter die Deutsche Telekom in Bonn und Thyssenkrupp aus Essen oder der Kekshersteller Bahlsen geradezu verpflichtet, mit ähnlichen Mahnungen aufzuwarten. Populismus sei eine Gefahr für die Demokratie – für die Wirtschaft und die deutsche Leistungsfähigkeit. Menschen wie der Milliardär Würth haben sich schon lange von der Lebensrealität vieler Menschen im Land verabschiedet, die in prekären Verhältnissen leben müssen.

Und nochmal Alexander Kissler: Die jetzige Bundesregierung »spricht von Solidarität und meint Unterordnung, beschwört das Gemeinwohl und betreibt Klientelbefriedigung, schreibt sich Volksherrschaft auf die Fahnen und beschimpft weite Teile der Bevölkerung. Sie spaltet durch die Art, wie sie Spaltung zu bekämpfen vorgibt«. (*Neue Zürcher Zeitung*, 19.3.24) ■

## Rechtsextremismus einst und jetzt

Gegenwärtig macht ein flotter Spruch die Runde: »Wird der Bürger unbehaglich, ist er sofort rechtsextrem.« Keiner wagt es derzeit, das politische Kampfvokabular unter die historische und politikwissenschaftliche Lupe zu legen. Seit der Sitzordnung in der Französischen Nationalversammlung 1814 sind ›rechts‹ und ›links‹ auch zu politischen Begriffen geworden. Adel, Kirchenleute und Anhänger des alten Regimes beanspruchten den Platz **rechts** vom Parlamentspräsidenten. Denn: Der Platz zur Rechten ist in der biblischen Deutung ein Ehrenplatz. Die ›Rechten‹ waren mit der alten Ordnung zufrieden und sahen sich als **Bewahrer konservativer Werte**. **Links** im Parlament saßen die Revolutionäre und Bürger. Sie wandten sich gegen die Monarchie, wollten neue Werte zur Geltung bringen und grundsätzliche **Veränderungen in Wirtschaft und Politik** durchsetzen. Die Linken standen für den damaligen bürgerlichen Liberalismus, der noch die proletarischen Interessen mit vertrat.

Wir haben also in der Bewertung von politisch ›Rechts‹ und ›Links‹ einen eindeutigen Zusammenhang von wirtschaftlicher Position und politischer Repräsentanz. Das zieht sich geschichtlich bis in die Sitzordnung des heutigen Deutschen Bundestages durch. Links sitzen die Reste der Linken und rechts sitzen CDU/CSU und AfD. Bei der AfD ist die Einordnung nicht so einfach. Sie ist als Partei der Wirtschaftsprofessoren des Großen Geldes gegründet worden, denen der Euro nicht ganz geheuer war. Diese neue Partei wurde im Osten von den Unzufriedenen geentert, die, ob sie es wissen oder nicht, einem linken Nationalismus zuzurechnen sind. Auch die Partei der Sahara Wagenknecht ist wahrscheinlich einem linken Nationalismus zuzurechnen. Mit ihrem Wunsch, gegen die AfD mit der CDU zusammenzuarbeiten, katapultiert sich Sahara Wagenknecht aber vielleicht gleich wieder aus dem Spiel um Mandate und Pfründen. CDU und CSU sehen sich immer noch öffentlich als rechte Parteien, wollen aber keinesfalls rechtsextrem sein. Dafür glauben sie die AfD und alle möglichen nationalistischen Gruppierungen zu haben, auf die es draufzuhauen lohnt.

Alle politisch Guten einen sich im »Kampf gegen Rechts«, vor allem die Parteien, die der globalen Herrschaft des angelsächsischen Großen Geldes die politische Repräsentanz bieten. Als da sind CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, aber auch Gewerkschaften und das, was man ›Zivilgesellschaft‹ nennt. ›Zivilgesellschaft‹ ist im wesentlichen nichts anderes als der variantenreich organisierte, spätbürgerliche Zeitgeist und die nichtstaatliche Organisationen der Kapitalinteressen. Versuchen sich kapitalismuskritische Kräfte ebenfalls ›zivilgesellschaftlich‹ zu organisieren, dann stürzen sich Medien und staatliche Stellen mit aller Kraft auf sie. Wir erleben seit Ende der 90er Jahre zunehmend, daß die Benennung ›rechtsextrem‹ auf globalisierungskritische und patriotische Bewegungen und Organisationen angewandt werden. Damit entstand ein *Paradigmen-*

*wechsel* in der Verwendung der politischen Richtungsbezeichnungen ›Rechts‹ und ›Links‹.

Seitdem das angelsächsische Große Geld mit der im US-Interesse gegründeten Europäischen Union die immer tiefere Zwangsvereinigung der europäischen Völker durchführt, wird jeder, der sich dagegen stellt, übelst diffamiert: Er ist ewig Gestriger, Nationalist, Faschist und Rechtsextremist. Weil einst die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Großkapitals in Europa, einschließlich der des Deutschen Reiches, im nationalen Gewand daherkamen, wird heute der politische Kurzschluß vollzogen, daß die Vertretung nationaler und Volksinteressen rechts oder gar rechtsextrem sei. Edel ist nur der Kosmopolit, EU-Europäer, der Berufsmenschenrechtler und der Trommler für Masseneinwanderung in die ›Wirtschaftsstandorte‹. Das Großkapital ist wie ein Schmetterling aus seinem früheren nationalstaatliche Kokon geschlüpft und definiert sich nun als global. Der zurückgelassene nationale Kokon wird vom nach wie vor existierenden Proletariat, den Mittelschichten und klügeren Großindustriellen mit Interesse betrachtet. Sie wissen oder ahnen, daß sozial nur national geht und nur mit nationalen Grenzen wirtschaftliche Prosperität möglich ist. Schutzzoll und Erziehungsschutzzoll kommen wieder ins Gespräch. Friedrich List, der Namensgeber der früheren Verkehrshochschule im DDR-Dresden, könnte wieder aktuell werden. Natürlich greifen kleine Gruppen das frühere Formenspiel des Nationalismus auf und bieten so der Journaille und den antinationalen Politikastern Angriffspunkte, die Bewegungen zu diffamieren. National erscheint so als reaktionär, faschistoid, gestrig und auch fürchterlich dumm. Wenn es solche Gruppen nicht gäbe, die manchmal sogar eine frühere deutsche Grußformel verwenden, müßten man sie erfinden. Ja, vielleicht wird manche dieser Gruppen auch ›erfunden‹?

Kurz, es vollzieht sich ein harter Kampf um die Deutungshoheit in der heutigen Politik. Wer sich der aktuellen großen Politik der weiteren Intensivierung der EU zu einem die Nationalstaaten verschlingenden Superstaat, der fundamentalen Identitätsveränderung Deutschlands und der Militarisierung der Außenpolitik im Kampf des Westens gegen Russland entgegenstellt, der ist rechtsextrem. Wer in der BRD von Heimat schwärmt oder von den Interessen des deutschen Volkes spricht, der ist rechtsextrem. Wer gegen Masseneinwanderung ist und wem die sich verändernden Stadtbilder in Deutschland nicht mehr gefallen, der verstößt gegen die Menschenrechte und direkt gegen die Menschenwürde. Mit der politischen Brandmarkung ›Rechtsextremismus‹ bezieht man sich nicht mehr auf die zugrunde liegenden ökonomischen Interessen, sondern geht von einer *Hypermoral der Menschenrechte* aus, in der die Würde des Menschen im Mittelpunkt stünde.

Mit einem Taschenspielertrick ist aus der Verfassung auch das deutsche Volk entfernt und durch die Würde des Menschen ersetzt worden. Wer nun gegen den ›Verfassungsgrundsatz‹ der Menschenwürde verstößt, der ist rechtsextrem.

Uns begegnet im politischen Kampf ein hypermoralisches Konstrukt. Rechtsextremismus ist die absolute Amoral. Aus den früheren ökonomisch-politischen Richtungsbezeichnungen ›Rechts‹ und ›Links‹ wurden in den letzten 25 Jahren *moralisch* aufgeladene Bezeichnungen. Zwar bringen die Interessenvertreter der angelsächsischen Globalisierung noch nicht die Frechheit fertig, sich als ›linksstehend‹ zu bezeichnen. Sie bringen aber die Unverschämtheit fertig, jeden, der sich ihren volkszerstörerischen Bestrebungen entgegenstellt und beispielsweise eine friedliche Lösung des Russland-Ukraine-Konflikts fordert, als ›rechtsextrem‹ zu diffamieren. Man sollte heute in der wirklich oppositionellen Politik beachten, was einst über den protestantischen und mörderischen Gustav Adolf von Schweden gesagt wurde: Man soll ihm nicht aufs Maul schauen, sondern auf die Fäuste. ■ Siegfried Osten

### »Demokratie leben« – eine mehr als fragwürdige Praxis

**B**undesfamilienministerin Lisa Paus will mehr Unterstützung für die Menschen, die sich für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus einsetzen, und sie mit einer besseren langfristigen finanziellen Grundlage ›ausstatten‹. Hierzu forderte sie erneut das sogenannte »Demokratiefördergesetz« als Instrument. Die Bundesregierung hat bereits einen Gesetzesentwurf zum Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht.

In einem bemerkenswerten Gastbeitrag für das Wochenmagazin *Focus* (1.4.24) hat der bekannte Historiker Hubertus Knabe die Praktiken und Machenschaften aufgedeckt, die hinter der nahezu anarchischen Vergabepaxis der Steuermittel stecken. Wer das Geld wofür nutzt, sei für Außenstehende kaum festzustellen. Was mit dem Geld passiert und wie es verwaltet wird, habe bislang ohnehin kaum jemanden interessiert. Vieles werde einfach durchgewunken. Dabei stützt Knabe sich u.a. auf Aussagen einer ehemaligen Mitarbeiterin der sogenannten »Regie-stelle«, die Millionen Steuergelder an Stiftungen, Vereine und Initiativen »ohne genaue Prüfung« verteilt. Es kommt aus dem Programm »Demokratie leben!« – dem »zentralen Anker für Demokratieförderung und Prävention gegen Extremismus«, wie Paus den Fördertopf im Bundestag nannte. Dabei haben sich die Fördermittel in den letzten Jahren mehr als vervierfacht. Wurden anfangs 40,5 Millionen Euro jährlich verteilt, sind es inzwischen 182 Millionen Euro. Insgesamt hat das Familienministerium seit 2015 fast eine Milliarde Euro dafür ausgegeben.

Immer mehr Stiftungen und Vereine würden sich über das Förderprogramm finanzieren. Als Eigenanteil, der eigentlich mit zehn Prozent angesetzt wurde, dürfen sie zum Beispiel ein bereits vorhandenes Büro angeben; aus den Zuwendungen würden dann die Mitarbeiter bezahlt. Und Knabe schließt mit den Worten: »Die Politisierung des Ministeriums und die schier unerschöpflichen Haushaltsmittel haben bewirkt, daß »Demokratie leben!« inzwischen zu einer Art Selbstbedienungsladen für rot-grüne Institutionen geworden ist.« Die linkslastige Amadeu Antonio Stiftung habe mit 2,7 Millionen Euro besonders stark profitiert. ■

## FPÖ klar auf Platz 1 – Graz & Salzburg KPÖ-Hochburgen

Im Superwahljahr 2024 finden in Österreich nicht nur Landtagswahlen (Vorarlberg, Steiermark) statt, sondern neben der EU-Wahl auch die Nationalratswahl im Frühherbst. Letztere wird wohl erstmals bewirken, daß die Freiheitlichen unter Parteichef Herbert Kickl Nummer 1 werden. Seit vielen Monaten liegt die FPÖ zwischen 27 und 30 % uneinholbar an der Spitze – deutlich abgeschlagen dahinter die unter ihrem neuen Obmann Andreas Babler weit nach links gerückte SPÖ und die Kanzlerpartei ÖVP. So käme jede der beiden Kräfte lediglich auf um die 20 %, so daß ein Bündnis der beiden Parteien – früher noch als »große Koalition« bezeichnet – deutlich die absolute Mehrheit im Nationalrat verfehlen würde.

Dies bedeutet, daß nur eine blau-schwarze Zusammenarbeit die einzig rechnerisch denkbare und realistische Zweiervariante wäre, die über eine Mehrheit im Parlament verfügen würde. Denn ein rot-blaues Bündnis auf Bundesebene – wie von 1983 bis 1987 – ist nicht denkbar. So besteht seit 1987 bei der SPÖ ein Verbot einer (weiteren) Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen. Außerdem schloß erst jüngst Babler eine solche Koalition kategorisch aus. Während sich diese Entscheidung bei den Sozialdemokraten auf die Freiheitlichen im Ganzen beziehen, lehnt die Volkspartei – bisher noch – eine Zusammenarbeit mit der FPÖ lediglich unter Herbert Kickl ab. Die Alternative für die Schwarzen wäre ein Dreier-Bündnis mit SPÖ und den linksliberalen NEOS oder den Grünen, wobei die ÖVP nur dann den Kanzleranspruch stellen könnte, wenn sie vor den Roten auf Platz 2 durchs Ziel ginge.

Das Erstarken zweier Parteien am linken Rand, die nicht im Nationalrat vertreten sind, könnte allerdings zu neuen Konstellationen ab Herbst führen. So wird in Umfragen die Bierpartei, die 2015 vom Arzt Dominik Wlazny – besser bekannt unter seinem Künstlernamen Marco Pogo als Frontmann der Wiener Punkrock-Band Turbobier – ins Leben gerufen wurde, mit stolzen 7 % geführt. Damit läge diese linke Kraft nur knapp vor den Parlamentsparteien NEOS und Grüne mit 8 %! Im Jahre 2022 schaffte Wlazny bei der Bundespräsidentenwahl mit 8,3 % Platz 3! Und eine weitere linke Partei könnte im Frühherbst erstmals seit 65 Jahren wieder im Nationalrat vertreten sein – die Kommunisten, die 2021 als KPÖ in Graz und im März in Form der KPÖ plus für spektakuläre Erfolge sorgten.

Seit 2021 stellt in der steirischen Landeshauptstadt Graz die KPÖ als stärkste Kraft mit fast 29 % mit Frontfrau Elke Kahr – dank einer Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ – den Bürgermeister. Und bei den Gemeinderatswahlen im März in Salzburg kam die KPÖ plus mit gut 23 % auf Platz 2, ihr Spitzenkandidat Kay Michael Dankl verlor erst in der Stichwahl zum Bürgermeisteramt gegen seinen SPÖ-Herausforderer. Mit 37,5 % kann der Kommunist ein Rekordergebnis verzeichnen. ■

## Europäische Union – mehr Fluch als Segen

Die Europäische Union (EU) ging mit den Verträgen von Maastricht zum 1. November 1993 aus den Europäischen Gemeinschaften der 1950er Jahre hervor. Letztere erfüllten die Funktion eines Binnenmarktes, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Staaten gesteigert und außenpolitische Stabilität gesichert wurde. Wie stellt sich die Situation heute dar? Als wesentliche Aufgaben der EU sind die Aushebelung der Souveränität ihrer Nationalstaaten sowie deren Suppression unter ein zentralisiertes Geldsystem zu erahnen, letzteres zukünftig ausgestaltet als digitale Zentralbankwährung.

Entscheidend war bereits der Aufbau eines politischen Apparates in der EU, an den nunmehr alle möglichen Kompetenzen abgegeben werden: Durch das EU-Parlament beschlossene »Richtlinien« schlagen bis in die kommunale Politik durch. Der EU-Kommission sind alle Entscheidungen über Finanzfragen vorbehalten. Dieses Organ kann so mittels Einfrierens von EU-Geldern Staaten unter Druck setzen, wie die Beispiele Ungarn und jüngst Polen eindrücklich zeigen. Während die EU-Kommission von keinem Bürger gewählt wurde, wird indessen der Einfluss von NGOs, sogenannten Philanthropen und linken parteinahen Stiftungen auf die politische Spitze der EU sichtbar.

Nominelle Auf- und Abwertungen nationaler Währungen gleichen Produktivitätsunterschiede der Länder aus und konsolidieren so die eigene Volkswirtschaft. Das ist durch die seit 1999 festgelegten EURO-Wechselkurse unmöglich! Das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle Europas ist kein Geheimnis – die EU setzt indessen auf Planwirtschaft. Ironischerweise führte dies zu einer langen Folge an Rechtsbrüchen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU betreffend. Kein einziges Defizit-Verfahren der EU wurde je in Gang gesetzt, dafür schritt die Europäische Zentralbank (EZB) zu einer Niedrigzinspolitik, damit hochverschuldete Staaten ihre Zinsen abgeben können. Weder dies noch der behauptete Konjunkturschub sind Realität geworden. Vielmehr ist Deutschland seit jeher Zahlmeister der EU und am Euro-Rettungsschirm mit inzwischen fast 400 Milliarden Euro Kreditvolumen beteiligt. Die »wundersame Geldvermehrung« des unkontrollierbaren Finanzorgans EZB mit einer Verdreifachung der Geldmenge im Zeitraum 2008–2019 hat Früchte getragen: Diese sind eine Inflation, die sich gewiß nicht mit dem Ukrainekrieg erklären läßt, und ein Finanzsystem, das vor dem Abriß zur Plünderung freigegeben wurde und angesichts aktueller Bestrebungen zu einem »digitalen Euro« wohl bald durch ein zentralisiertes ersetzt wird.

Die einstmalige Gemeinschaft europäischer Länder erscheint uns in Gestalt der EU als das Werkzeug internationaler Hochfinanz, deren extremer Liberalismus zulasten der Europäer geht, ihren verdienten Wohlstand durch Niedrigzinsen und Inflation vernichtet und nach ganz oben umverteilt. Wie ist aus der Misere zu kommen? Aus ökonomischer Sicht können es nur die Beendigung des Währungsexperiments EURO, die Rückkehr zur D-Mark, Bargeld als verbrieftes Bürgerrecht und der Rückbau der EU zu einem Freihandelszonenmodell wie der EWG sein. ■ Karl D. Faber

## Der Ukraine-Krieg und seine Folgen

Es ist schon eigenartig, daß wir in fünf bis zehn Jahren kriegsbereit gegen Russland sein wollen und zugleich schon diesen Sommer der Ukraine zum Sieg über Rußland verhelfen sollen. Unsere Arsenale sind leer, aber wir nehmen den Mund voll. Eine Stefanie Babst, eine sogenannte NATO-Strategin, läßt bei Gabor Steingart im »The Pioneer Briefing« am 27.2.2024 die Worte fallen: »Wir müssen das Ziel deutlich formulieren: Wir wollen diese russische Bedrohung reduzieren und am liebsten ausschalten.« Und: »Eskalationsvermeidung ist keine erfolgversprechende Strategie.«



Der Hartliner Roderich Kiesewetter, seit 2014 Obmann für Außenpolitik der Unionsfraktion im Bundestag, ist mit seiner Forderung, den »Krieg nach Russland zu tragen« und hierzu das Bundeswehr-Sondervermögen zu verdreifachen, auf heftige Kritik gestoßen. »Wer den Krieg nach Russland tragen will, indem mit deutschen Waffen russische Militäreinrichtungen und Ministerien zerstört werden, wird den Krieg nach Deutschland tragen.« (S. Wagenknecht) Gegenteilige Forderungen, wie »den Krieg einzufrieren oder Friedensverhandlungen anzustreben, lehnt er kategorisch ab: »Der Ukraine-Krieg ist unser Krieg!« Kiesewetter ist außerdem Mitglied der Atlantik-Brücke und der Trilateralen Kommission.

Wir können derzeit in den Medien noch einige dauernd auftretende Politiker erleben, die den Ukraine-Krieg weiter anheizen möchten und die weltpolitischen Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen. Gerade wendet sich das Blatt. Da ist der Papst Franziskus schon weiter in der Erkenntnis. Er weiß: Der Ukraine-Krieg ist für den Westen verloren. Jetzt gilt es für den Westen zu retten, was noch zu retten ist. Er fordert, daß die Ukraine die weiße Fahne hissen soll und verhandeln möge. Das hätte der Papst eher haben können. Im März 2022 war durch Vermittlung von Israel und der Türkei ein Friedensvertrag unterschriftsreif. Der Westen verbot Selenskij die Unterschrift, da man an den Sieg über Russland glaubte. Manche glauben immer noch daran. Nun formuliert Gabor Steingart für den interessierten Leser den neuen Zeitgeist am 11.3.2024 in *Focus-Online*: »Putin kann mit dem Lauf der Geschichte, wie sie sich nach seinem Überfall auf die Ukraine entwickelt hat, zufrieden sein. Er gewann neue Bündnispartner, neue Rohstoffabnehmer und bekommt zusätzliches Territorium. In allen Kabinetten der G20-Staaten sitzt er gedanklich mit am Kabinettstisch. Sein wichtigster Verbündeter: ein unentschlossener Westen, dessen Rhetorik mit den Realitäten nie Schritt hielt.« Die alte Feststellung von Anfang der 90er Jahre, daß die EU »wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg und militärisch ein Wurm ist«, zeigt sich als immer noch aktuell. Deutschland wackelt sogar als wirtschaftlicher Riese, und wir wissen nicht, wohin die ideologisierte Wirtschaftspolitik uns noch führt.

Aber der Westen kann doch eigentlich mit den Ergebnissen des Ukraine-Krieges zufrieden sein. Natürlich haben die USA ihr Maximalziel der Auflösung Russlands in vie-

le kleine Staaten, die alle den westlichen Wünschen nach »Freedom and Democracy« und nationaler Selbstaufgabe entsprechen und hoffnungsfroh ihr Nationaleigentum in die Hände angelsächsischer Investmentgesellschaften legen, nicht erreicht.

### Was haben die USA erreicht?

**1** Das Ziel der USA und Englands war seit mehr als einem Jahrhundert, eine gedeihliche Zusammenarbeit von Deutschland und Russland zu stören oder zu zerstören. Im Ergebnis des Ukraine-Krieges sieht Russland Deutschland als willenloses, aggressives und böses Anhängsel der USA. Die Russen setzen nicht mehr auf politische Vernunft in Deutschland. Und das im Jahr des 300. Geburtstages von Immanuel Kant! Von Kants Schrift *Zum ewigen Frieden* spricht kein Politiker mehr. Vielmehr gilt die Formulierung von Charles G. Beard: »Ewiger Krieg für ewigen Frieden«. Der von den USA provozierte Krieg in der Ukraine ist einer von denen, die erst mit der absoluten Weltherrschaft der USA enden sollen. Dann *erst* soll ewiger Frieden sein. Putin wurde zur Rolle der aktuell führenden Politiker Deutschlands befragt: »Das sind inkompetente Leute.« Dabei klopft er auf den Holztisch. »Das ist es, was sie im Kopf haben.«

**2** Die USA haben die NATO erweitert und zu einer Gemeinschaft der Bereitwilligen für Kriege gegen Russland und andere »Feindstaaten« geschmiedet. Koste es, was es wolle. Die NATO-Staaten garantieren der US-Rüstungsindustrie auf unabsehbare Zeit riesige Gewinne und stellen in ihren Gesellschaften eine dauerhafte Kriegsbereitschaft her. In der deutschen politischen Ideologie ist Russenhaß zur Staatsdoktrin geworden. In politischen Gedankenspielen der Bundesregierung, aber auch der CDU/CSU-Opposition wird laut über Sozialabbau zur finanziellen Sicherung der Aufrüstung nachgedacht. Die Streichungen der Mehrwertsteuerbefreiung auf Agrardiesel ist Teil dieser Überlegungen, den Rüstungsetat aufblähen zu können. Es ist nicht mehr weit bis zu einem auf Kriegführung zentrierten Staatsetat. An den Schulen (siehe rechte Spalte) sollen Zivilschutzübungen stattfinden, und Lauterbach bereitet die Krankenschwestern auf ihre Rolle als Karbolmäuse an der Ostfront vor. Der große Krieg soll in die Hirne der Bevölkerung als Normalität eingepreßt werden.



Bundesbildungsministerin: Bettina Stark-Watzinger (FDP) sieht die Schulen in der Verantwortung, junge Menschen auf den Kriegsfall vorzubereiten. Die Gesellschaft in Deutschland müsse sich für Krisen präparieren, »von einer Pandemie über Naturkatastrophen bis zum Krieg«. Hierzu sollen Schulen ein »unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr« entwickeln. Sie schlägt konkrete Maßnahmen vor, unter anderem, »daß Jugendoffiziere in die Schulen kommen und berichten, was die Bundeswehr für unsere Sicherheit tut«. Dagegen hat sich beispielsweise CDU-Bundesvize Karin Prien kritisch geäußert: »Es hilft nicht, der Bevölkerung und insbesondere Kindern und Jugendlichen Angst zu machen«, sagte die schleswig-holsteinische Bildungsministerin. E sei vielmehr »Aufgabe des Bundes, sich um Fragen des Zivilschutzes und der äußeren Sicherheit zu sorgen« (*welt.de*, 16.3.2024)

Deutschland hat aber auch im islamischen Raum ungeheuer an politischem Kredit verloren, weil es sich nicht konsequent gegen die mörderische Kriegführung Israels im Gazastreifen wendet. Deutschland wird Jahrzehnte brauchen, um seinen früheren guten Ruf in der Welt wieder zu erreichen, wenn es überhaupt jemals erneut gelingen sollte.

**3** Deutschland hat sich in der Vorbereitung und der Folge des Ukraine-Krieges einen enormen wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Es hat seinen günstigen Energielieferanten verloren, einen großen Absatzmarkt eingebüßt, Wissenschaftsbeziehungen zu einem großen Teil der Weltwissenschaft gekappt, sich von Russland als einem Land der klassischen Kulturbewahrung abgewandt und sich alternativlos den USA unterworfen. Durch zwölf oder noch mehr Sanktionspakete gegen Russland haben die EU und Deutschland Russland gezwungen, sich auf seine eigene Potentiale zu konzentrieren, die Beziehungen zu Westeuropa einzufrieren oder zu beenden und in aller Welt neue zuverlässige Partner zu suchen. Russland braucht Westeuropa, die USA und Deutschland nicht mehr. Russland orientiert sich nun nach Osten und nach Süden. Dort hat es Freunde und Partner gefunden. Wieviel Dummheit steckt in der Politik in Deutschland, dies nicht vorherzusehen oder zukunftsblind in Kauf zu nehmen? Vermutlich muß man durch ein »Young Leader Programm« geschleust worden zu sein, um als ›Elnietchen‹ (Kunstwort und Diminutiv aus Elite und Niete) in hohe politische Ämter der Verantwortungslosigkeit zu gelangen.

**4** Der Ukrainekrieg hat aber auch in Deutschland die politischen und kulturellen Gegensätze zwischen Westdeutschland und dem sogenannten ›Beitrittsgebiet‹ erneuert und verstärkt. Bei vielen Meinungsumfragen und Analysen zeigt sich die alte Grenze zwischen BRD und DDR immer noch. Mindestens 80 % der sogenannten ›Ossis‹ sind gegen den Ukraine-Krieg und die Verteufelung der Russen. Die heute lebenden älteren Generationen haben nur noch positive Erinnerungen an die armen Sowjetsoldaten, die drei Jahre ohne Heimaturlaub in der DDR unter harten Bedingungen dienen mußten. Jeder NVA-Soldat hat positive Erinnerungen an die Kontakte mit den Russkis. Für die NVA-Offiziere waren die Freundschaftstreffen mit der Partenergarnison meist feuchtfrohlich und mit grausamem Kater verbunden. Ein Oberst der NVA sagte mal zu einem Hauptmann. »Hiermit bestrafe ich Sie mit drei Freundschaftstreffen mit der sowjetischen Garnison.« Übrigens hießen die sowjetischen Soldaten im Volksmund ›die Freunde‹. Die durchgängig westdeutsche Oberschicht im Anschlußgebiet hat keinen Zugang zur Seele der ›Ossis‹. Es interessiert sie seit 1990 auch nicht. Der Ukraine-Krieg verschärft die Spannungen auch innerhalb Deutschlands. Die Russen sehen die schon fast ethnisch zu nennenden Gegensätze innerhalb der Deutschen in Deutschland und das gewaltige Konfliktpotential, das die sogenannte Multikultigesellschaft bereithält. Es gibt sogar schon Stimmen im Beitrittsgebiet, die die Kündigung des Zwei-plus-Vier-Vertrages und die Rückkehr der russischen Armee ins Gebiet der ehemaligen DDR fordern.

**5** Für den deutschen Waffenexport kann sich der Ukraine-Krieg negativ auszahlen. Viele deutsche Waffen haben die Hoffnungen der Ukrainer nicht erfüllt. Die Kunden in aller Welt werden den Ukraine-Krieg auch waffentechnisch auswerten: Bei den Bewertungen wird Russland bestimmt gut wegkommen. Vielleicht kann man auch von einem Desaster sprechen.

Eigentlich wäre es an der Zeit, daß sich die Bundesregierung für Waffenstillstand und echte Friedensverhandlungen mit Rußland einsetzt. Die USA haben schon einen symbolischen Schritt getan. In *Welt-Online* vom 7.3.2024 kann man folgendes lesen: »Das US-Außenministerium hat den Rücktritt der Diplomatin Victoria Nuland bekannt gegeben. Nuland ist für ihre starke Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland bekannt. Viele sehen sie als eine der härtesten Gegner Putins. . . US-Außenminister Antony Blinken teilte mit, daß Victoria Nuland den Wunsch geäußert habe, »in den kommenden Wochen als Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten zurückzutreten.« Und man zitiert auch das Medium *RT*: »Sie war eine der entscheidenden Personen, die die Ukraine in den heutigen Abgrund führten: Victoria Nuland. (...) Jetzt scheint ihre Karriere ebenso am Ende zu sein wie ihr Spielfeld, die Ukraine in ihrem derzeitigen Zustand.«

Nach ihrem Ausscheiden aus dem auswärtigen Dienst übernahm Nuland im März 2024 Lehrverpflichtungen an der School of International and Public Affairs der Columbia Universität. Die Entfernung Nulands könnte für die Russen ein Signal sein. Wie weit die Bundesregierung dieses Signal versteht, kann ich nicht ermessen. Vielleicht erfährt die deutsche Bundesregierung vom Ende des Ukraine-Krieges, wenn die US-Amerikaner ihn schon beendet haben. In Afghanistan war das wohl ähnlich. ■ B. von Servil

Da alle Aufrufe zur sofortigen Beendigung des Krieges niederschmettert werden, droht eine sehr gefährliche, fatale Eskalationsspirale. Russland setzte Ende März im ukrainischen Gebiet Sumy eine neue verheerende Waffe ein: die Aerosolbombe. Die Explosion ist zwar schwächer als bei anderen Bomben, allerdings sind ihre Folgen fatal. Kaum jemand kann sich vor ihr schützen. Der Rauch dringt sogar in Tunnel und Schutzbunker ein.



US-Außenminister Blinken verabschiedet seine Staatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland, uns härteste Russland-Gegnerin. Sie war 2014 mit ihrem abfälligen Spruch »Fuck the EU« »berühmt« geworden.



## Taliban-Gefangener Dr. Herbert Fritz nach 9 Monaten frei



Herbert Fritz. Nach mehr als neun Monaten Haft in Afghanistan kehrte der Deutschnationaler zurück nach Österreich.

Das nationale Lager in Österreich ist seit über einem halben Jahrhundert untrennbar mit dem Namen Dr. Herbert Fritz verbunden. Der 1939 in Wien geborene promovierte Jurist und Weltenbummler engagierte sich zu Beginn der 1960er Jahre im Südtiroler Freiheitskampf, wofür er in der Alpenrepublik 1965 wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz vor Gericht stand, aber zusammen mit seinen 21 Mitangeklagten wie etwa Dr. Norbert Burger von den Geschworenen einstimmig freigesprochen wurde.

1967 gründete er zusammen mit seinem Bundesbruder Dr. Norbert Burger die Nationaldemokratische Partei (NDP) in Linz, deren Landesobmann er in Wien wurde. Sein Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker bezog sich nicht nur auf sein eigenes Volk, sondern auch auf andere Nationen, etwa die Kurden, Jesiden oder Palästinenser. So besuchte er in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach das Kurdengebiet – sei es auf türkischem oder irakischem Territorium. Dort traf er hohe Kurdenführer. Mit dem seit vielen Jahren inhaftierten Chef der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis. 2012 gelang Dr. Fritz sogar ein Besuch im Gaza-Streifen, wo er durch Ministerpräsident Haniyya, den nachmaligen Hamas-Chef, empfangen wurde. In Ramallah besuchte er Abbas-Berater Saidam, der dann Erziehungsminister im Palästinensischen Autonomiegebiet wurde.

Später zog es ihn öfters nach Afghanistan, wo er schließlich im Mai letzten Jahres unter Spionageverdacht verhaftet und neun Monate in einem fensterlosen Raum ohne Tageslicht im Gefängnis saß. Dank internationaler Diplomatie, vor allem durch Katar, sowie intensiver Intervention von Familie, Freundeskreis und FPÖ bei Wiener Ministerien konnte er Ende Februar nach Österreich zurückkehren. Nach seiner Freilassung lobte er das Engagement des Sonderbeauftragten für globale Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, des pensionierten Diplomaten Peter Launsky-Tieffenthal, der in Katar Verhandlungen geführt hatte, erklärte aber zugleich, daß der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) keinen Finger für ihn krumm gemacht habe.

In einem ausführlichen Exklusiv-Interview mit dem alternativen und unabhängigen Fernsehsender *AUF1* in Linz schilderte der frühere Herausgeber der Zeitschrift *Der Völkerfreund* nicht nur seine Verhaftung in Kabul und die Zeit der Gefangenschaft in einem Gefängnis des Geheimdienstes, sondern auch seine Aktivitäten für sein Volk – beginnend mit dem Südtirol-Kampf. Bei einem Vortrag in Wien Mitte März kündigte der Burschenschafter an, seine Erlebnisse in Afghanistan im Herbst in Buchform zu veröffentlichen. ■

## Kurzmeldungen

**Kein Geld ohne Schutzstatus.** Die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht, die seit kurzem auch die Vorsitzende ihres zur Partei erklärten gleichnamigen Bündnisses BSW ist, fordert einschneidende Änderungen in der Asylpolitik. So sollen abgelehnte Asylbewerber ohne Schutzstatus keine Geldleistungen mehr beziehen. Denn dies sei einzigartig in Europa und wesentlich für die Attraktivität Deutschlands als Zielland für Migranten verantwortlich. Wörtlich sagte die ehemalige LINKEN-Politikerin: »Daß der Staat nach einer Ablehnung dieselben Leistungen weiterzahlt, ist dem Steuerzahler nicht erklärbar. Nach einer Übergangsfrist sollten Geldleistungen auslaufen, wenn kein Schutzstatus vorliegt.« Mit ihrer Forderung geht Wagenknecht weit über das Modell der Bezahlkarte hinaus, das derzeit zur Reduzierung der Alimentierung von Asylbewerbern diskutiert wird. (Quelle: *Berliner Zeitung*)

**Exponentielles Wachstum.** Kreuzbruchhof ist ein Ortsteil der Stadt Burg Stargard im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, zählt gegenwärtig 50 Einwohner und beherbergt bereits 80 Asylbewerber. Nun sollen weitere 180 Plätze hinzukommen, so daß dann 260 Asylbewerber untergebracht werden können. Stargards Bürgermeister Tilo Lorenz (CDU) berichtete von einer Einwohnerversammlung, bei der es »keine Jubelschreie« gegeben habe und das Fluchtgeschehen sehr kritisch bewertet worden sei. Stadt wie auch Landkreis hätten allerdings wenig Einflußmöglichkeiten darauf, was im Bund entschieden werde. Die Verwaltung prüfe unter anderem einen zusätzlichen Busverkehr, weil ein Mädchen sagte, es habe Angst, wenn es allein mit mehreren jungen Männern aus der Gemeinschaftsunterkunft im Bus unterwegs sei. (Quelle: *Nordkurier*, 22.3.24)

**1,86 Milliarden Euro Steuergeld für Asylheime** – wohlgemerkt in weniger als einem Jahr und nur in Bayern! Diese unfassbaren Zahlen hat eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im bayerischen Landtag zu Tage gefördert. Über eine halbe Million Migranten sind seit Merkels Bekenntnis zur Willkommenskultur in den Freistaat eingewandert. Etwa 6000 Asylheime, von denen letztes Jahr 900 errichtet wurden, bieten steuerfinanzierte Unterkünfte. Sage und schreibe 1,86 Milliarden Euro fielen vom 1. Januar 2023 bis zum 18. Dezember 2023 dafür an Kosten an. Die vom Staat bereitgestellten Summen für »ehrenamtliche Sprach-

Containerunterkunft für Geflüchtete im bayrischen Neubiberg.



kurse und Projekte zur Wertevermittlung und Erstorientierung« sowie »Projekte zur Integration in Arbeit und Ausbildung« fallen dabei mit je 4,81 Mio. Euro und 5,10 Mio. Euro fast kaum noch ins Gewicht. Mit 1,8 Milliarden, so Rene Dierkes, Anfragersteller und rechtspolitischer Sprecher der bayerischen AfD im Landtag, könnte man rund 2400 Einfamilienhäuser und etwa 375.000 Kita-Plätze bezahlen. (Quelle: *heimatkurier.at*, 28.3.24)

**Kontrollen fallen weg.** Illegale Migranten können nun noch bequemer nach Mitteleuropa einreisen: Am 1. April traten nämlich die EU-Staaten Rumänien und Bulgarien dem Schengen-Raum bei. Damit entfielen die Grenzkontrollen auf dem Luftweg. Illegale können daher auch über diese Länder per Billigflieger bequem nach Deutschland einreisen und einen Asylantrag stellen. Einen ähnlichen »Trick«, wie es die Nachrichten-Plattform *NIUS* nennt, wenden bereits viele Migranten aus Griechenland an. Eigentlich müßte die BRD Asylbegehrender aus anderen EU-Staaten sofort abweisen, da sie aus einem sicheren Drittstaat einreisen. BRD-Gerichte haben dies jedoch wiederholt für rechtswidrig erklärt, unter anderem deshalb, da die Sozialleistungen in den Erstaufnahmestaaten zu niedrig seien. (Quelle: *NIUS*)

**Trotz Asyl munter reisen:** Behörden stellten 770.000 Reisepässe an Asylbewerber aus. Sie suchen Asyl in Deutschland, wollen aber dennoch munter durch die Weltgeschichte reisen? Kein Problem: Deutsche Behörden haben in den vergangenen Jahren mehr als 770.000 Reisepässe für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge ausgegeben, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brander hervorgeht. Die meisten Pässe wurden dabei an Syrer (360.000), Iraker (105.000), Afghanen (68.000), Eritreer (50.000) und Iraner (41.000) ausgegeben. Dabei seien die Zahlen seit 2015 sprunghaft angestiegen, was nicht sonderlich überrascht. (Quelle: *Junge Freiheit*, 18.3.24)

**Brandmauer bröckelt.** Ein richtiges Erdbeben fand am 21. März im Dresdner Stadtrat statt, als CDU, FDP und Freie Wähler dem AfD-Antrag zustimmten, die Bezahlkarte für Asylbewerber einzuführen. Dagegen stimmten Grüne, SPD, Linke und die Antifa-Gruppierung »Dissidenten«. Konkret ging es um den Antrag »Dresden als Modellregion: Bezahlkarte statt Bargeld, Sachleistungsprinzip für Asylbewerber konsequent umsetzen«. Es war das erste Mal, daß ein AfD-Antrag im Dresdner Stadtrat eine Mehrheit fand. (Quelle: *jungefreiheit.de*, 21.3.24)

**»Nazi-Brandtat« war Betrug.** Der Brand eines Wohnhauses im hessischen Wächtersbach an Weihnachten 2023 wurde von Medien und Politikern vorschnell als ausländerfeindliche Tat gebrandmarkt. Nur weil an etwa sieben Stellen »Ausländer raus« an die Wände gesprüht war, gingen Ermittler, Presse sowie LINKE und Grüne vorschnell von »rechten Tätern« aus. Nach mehrmonatigen Ermittlungen stellte sich nun heraus, daß es sich beim Haupttäter um den Hausbewohner, einen 47jährigen Pakistani, handelt, der zusammen mit vier weiteren Ver-

dächtigen – Ehefrau, Sohn, Schwager samt einem weiteren Pakistani – festgenommen wurde. Der Asiatische wollte Versicherungsleistungen im mittleren sechsstelligen Bereich kassieren. Zur Irreführung der Ermittler besprühte der Pakistani sein Haus mit ausländerfeindlichen Parolen. Während unmittelbar nach der Tat Bürgermeister und Landrat – beide gehören der SPD an – vor voreiligen Schlüssen bei der Täterbestimmung gewarnt hatten, agitierten Politiker der LINKEN – allen voran die Bundesvorsitzende Janine Wissler – sowie die Grünen im Hessischen Landtag – besonders deren Vize-Fraktionsvorsitzende Martina Feldmayer – sofort »gegen Rechts«. (Quelle: *FAZ*)

**Kriminalität explodiert.** Die Bundesländer Sachsen und Bayern veröffentlichten Mitte März ihre Polizeilichen Kriminalstatistiken für 2023. Besonders brisant: 208 ausländische Intensivtäter werden mit einem Haftbefehl in Sachsen gesucht! Im Vergleich zu 2022 nahm in beiden unionsregierten Bundesländern die Anzahl der Straftaten deutlich zu – in Bayern um mehr als zwei Prozent, in Sachsen sogar um mehr als fünf Prozent. Gerade der Anteil Zugewanderter unter den Tatverdächtigen sei um 20,5 Prozent deutlich gestiegen, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Rene Dierkes, rechtspolitischer Sprecher der AfD im bayerischen Landtag, wollte wissen, wie viele der Häftlinge in bayerischen Justizvollzugsanstalten Ausländer sind. Genau 47,1 Prozent der 9431 Insassen haben keinen deutschen Paß. Dazu kommt, daß weitere 730 Häftlinge zwar einen deutschen Paß haben, aber nicht in der Bundesrepublik geboren wurden. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil von 16,3 Prozent sind Ausländer demnach in Bayern dreimal so kriminell wie Einheimische, wie es die Pressemitteilung festhält. In Sachsen nahm die Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger sogar um fast 23 Prozent zu. Ausländerrechtliche Verstöße an den sächsischen Außengrenzen wie die illegale Einreise erreichten mit 22.087 Fällen ein neues Rekordhoch: Die Steigerung zu 2022 beträgt 98 Prozent. Die Zahlen in den Polizeilichen Kriminalstatistiken weisen damit Höchststände auf, die vergleichbar mit dem Jahr 2015 sind, als die Ausweitung der unkontrollierten Masseneinwanderung unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eingeleitet wurde. (Quelle: *AUF1* u. *Heimatkurier*)

**Einreiseverbot für Sellner.** Ein Einreiseverbot nach Deutschland wie für den EU-Bürger Martin Sellner, den Chef der Identitären Bewegung Österreich, gilt in der jüngeren Vergangenheit als nahezu einzigartig. Sellner war Vortragender beim angeblichen Geheimgetreffen rechter Politiker, Publizisten und Finanziers in Potsdam. Eine parlamentarische Anfrage zeigt, daß etwa das Land Berlin bis März 2024 nur ein einziges Einreiseverbot erteilte. Kein Einreiseverbot besteht hingegen etwa für Muhamed Remo. Der 31jährige war zu sieben Jahren Haft wegen des Überfalls auf einen Geldtransporter verurteilt worden. Zur Zeit befindet er sich in Istanbul auf der Flucht. Auch gegen seinen Onkel, den Clanchef Issa Remmo, besteht kein solches Verbot. Der Remmo-Clan wird mit vielfältigen Verbrechen wie Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Raub und Einbrüchen in Verbindung gebracht. Der in Berlin ansässige Clan gilt mit bis zu 1000 Mitglie-

dern als einer der größten Deutschlands. Von diesen darf jeder frei in die BRD ein- und ausreisen. Rechtlich wird der Wiener Aktivist vom ehemaligen Freiburger AfD-Stadtrat Dubravko Mandic vertreten. Dieser prüft Rechtsmittel gegen den politisch motivierten Willkürakt. (Quelle: *Freiburger Standard*)



Martin Sellner dürfte das Verbot juristisch anfechten und sich dabei auf seine Bewegungsfreiheit als EU-Bürger berufen.

### **Sellners Sieg gegen ›Deplatforming‹ auf X (ehemals Twitter).**

›Deplatforming‹ bezeichnet eine Strategie zum dauerhaften Ausschluß einzelner Personen bzw. Gruppen von Plattformen wie vornehmlich sozialen Netzwerken durch Sperrung oder Löschung. Nun hat Elon Musk, der Besitzer der Plattform X, beschlossen, daß neben zahlreichen weiteren Accounts identitärer Gruppen auch das Profil von Martin Sellner sowie der offizielle Kanal der Identitären Bewegung wieder freigeschaltet werden. Musk setzt damit den herrschenden Globalisten den Weg des ›Replatformings‹ entgegen. Die Bedeutung einer Plattform wie X kann man nicht hoch genug schätzen: Nur wer auf diesen Plattformen präsent ist, wird öffentlich wahrgenommen und kann die politische Willensbildung effizient beeinflussen. (Quelle: u.a. *heimatkurier.at*, 22.3.24)

**Weiterer Anstieg der Tuberkulose-Fälle in Deutschland.** Nach einem jahrelangen Rückgang der gemeldeten Tuberkulose-Fälle in Deutschland sind die Fallzahlen vergangenes Jahr erneut angestiegen. Laut Robert Koch-Institut wurden im Jahre 2023 rund 4480 Fälle von Tuberkulose registriert. »Hintergrund für diese jüngsten Entwicklungen ist aktuell insbesondere auch die Zuwanderung schutzsuchender Menschen aus der Ukraine«, hieß es. Drei Viertel der Menschen, die hierzulande eine Tuberkulosediagnose erhalten, sind laut RKI außerhalb Deutschlands geboren. Betroffen seien vor allem die Altersgruppen zwischen 25 und 64 Jahren. (Quelle: *welt.de*, 20.3.2024)

**Soldat niedergestochen.** In Wien hätte ein Bundesheersoldat seine Hilfsbereitschaft beinahe mit dem Leben bezahlt. Der 21jährige Grundwehrdiener (Wehrpflichtiger) war im ›Ausländerbezirk‹ Favoriten (10. Bezirk) jungen Frauen zu Hilfe geeilt, die von einer ausländischen Jugendbande belästigt worden waren. Als der Soldat die Männer zur Rede stellte, stach ein Syrer ihn mit einem Messer in Rücken und Oberschenkel. Dank der sofortigen Einlieferung des Schwerverletzten in ein Krankenhaus, überlebte dieser. Der 18jährige Täter konnte festgenommen werden, wobei auch die Tatwaffe sichergestellt wurde. Der Syrer wird sich nun wegen versuchten Mordes vor Gericht verantworten müssen. (Quelle: *unzensuriert.at*)

**Razzia im Pädo-Milieu.** Bei einer Razzia gegen Kinderpornografie im mitteldeutschen Halle mit 100 Beamten stießen die Ermittler nicht nur auf unzählige Datenträger mit einschlägigem Material, sondern auch auf drei Kinder und eine verwahrloste Katze. Es wurden außerdem verbotene Waffen und illegale Drogen

sichergestellt. Laut der *Mitteldeutschen Zeitung* richtete sich der Verdacht gegen mehr als zehn einschlägig bekannte Tatverdächtige. (Quelle: *Mitteldeutsche Zeitung*)

**EU-Angstmache.** Die Europäische Umweltagentur EEA liefert mit ihrem neuesten Bericht zur Klima-Entwicklung der Europäischen Kommission eine Steilvorlage für weitere Beschränkungen der persönlichen Freiheit der Unionsbürger. Die Behörde behauptet nämlich, daß bis 2100 die Temperatur um bis zu 8,5 Grad ansteigen könnte, wenn keine entschlossenen Schritte gegen den Klimawandel unternommen würden. Dabei geht die in Kopenhagen ansässige Institution von der umstrittenen These aus, daß die CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Temperaturanstieg verursachten und demnach der Klimawandel menschengemacht sei. Insofern verlangt die EEA erhöhte Anstrengungen gegen den Klimawandel, womit in erster Linie eine drastische Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gemeint ist. Die Europäische Kommission sieht in der Panikattacke der EEA eine »klare Warnung« und einen »Aufruf zum Handeln«. Schließlich drohten sonst Dürre, Wasserknappheit, Hitzewellen und Überflutungen. (Quelle: *Exxpress*)

**Container-Klassen in Wien.** In Österreichs Hauptstadt entstehen im September an sieben Schulstandorten Container-Klassen für Kinder aus Afghanistan und Syrien. Ein Brief eines Schuldirektors, in dem steht, daß noch im Sommer im Rahmen von Familienzusammenführungen bei Afghanen und Syrern 4000 Personen erwartet werden, erregt den Unmut vieler Eltern. Denn das bedeutet, daß die Kinder direkt aus ihrer Heimat nach Wien verfrachtet werden und damit noch keinerlei Bezug zu Österreich haben, insbesondere noch keinerlei deutsche Sprachkenntnisse besitzen. In den letzten Jahren stiegen die »Einreise-Gestattungen« im Zuge der Familienzusammenführungen rasant an. War der Prozentsatz der diesbezüglichen Genehmigungen 2022 bei lediglich vier Prozent gelegen und 2023 bei schon 16 Prozent, so betrug er im Januar 2024 bereits 37 Prozent! Das Innenministerium führt der ÖVP-Politiker Gerhard Karner. (Quelle: *unzensuriert.at*)

**Völkermord in Leningrad?** Die Bundesregierung in Berlin wird nach Forderungen aus Griechenland, Italien, Polen und Namibia nun auch von Rußland bedrängt, sich zu Kriegsverbrechen zu bekennen. In der Regel sind damit auch Entschädigungsbegehren verbunden. Diesmal behauptet Moskau, die 872 Tage lange Belagerung Leningrads durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg mit – nach offiziellen Angaben – über einer Million toter Zivilisten sei Völkermord gewesen. Es reagiert damit auf Aussagen Berlins, die russische Armee habe im Ukraine-Krieg Kriegsverbrechen begangen. (Quelle: *Berliner Zeitung*)

**Neues Maulkorbgesetz?** Geht es nach dem Willen der Sächsischen Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier (Grüne), dann sollen Politiker durch zusätzliche, die Meinungsfreiheit einschränkende Bestimmungen geschützt werden. Sie strebt daher eine Gesetzesänderung an mit dem Ziel, die Bedrängung politischer Mandatäre strafrechtlich zu sanktionieren. So sollten etwa nicht nur Versammlungen vor Privatwohnungen von Amtsträgern strafbar sein, sondern auch schon subtile, nicht ausdrückliche Dro-



Katja Meier

hungen gegen Politiker. Meier möchte deshalb die Schaffung von § 106a StGB mit der Bezeichnung »Beeinflussung staatlicher Entscheidungsträger«. Der Grünen schwebt dabei ein Strafraum von bis zu drei Jahren Gefängnis vor. Mit dieser neuen Strafbestimmung würden auch der Polizei zusätzliche »präventive Befugnisse« eingeräumt. Juristen sehen vor allem in der schwammigen Bezeichnung »Bedrohung« eine mögliche uferlose Ausweitung der Strafbarkeit. Sachsens Justizministerin rechtfertigt ihr Ansinnen mit den Worten: »Einschüchterungen oder persönliche Angriffe gegen kommunale Amts- und Mandatsträger stellen eine erhebliche Gefahr für unsere Demokratie dar.« (Quelle: *Table.Media*)

**Dramatischer Geburteneinbruch.** In Deutschland befindet sich die Geburtenrate auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Von 1,57 Kindern pro Frau im Jahr 2021 sank die Zahl auf rund 1,36 im Herbst 2023. Das sind die Ergebnisse einer aktuellen Studie, die das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – kurz BiB – mitteilte. Den auffallenden zeitlichen Zusammenhang mit dem Beginn der Impfkampagne erklärt das BiB damit, daß Paare den Kinderwunsch zunächst verschoben hätten, bis auch Schwangere geimpft werden durften. In der *BILD* wird als weiterer Grund der Ukraine-Konflikt angeführt. »Multiple Krisen« seien für den massiven Geburtenrückgang verantwortlich. Ein Zusammenhang mit den nebenwirkungsintensiven Corona-Impfungen wird hingegen nicht erwähnt. (Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung)

**Höcke für Corona-Aufklärung.** Nach dem Skandal in Zusammenhang mit dem Robert-Koch-Institut (RKI) fordert Thüringens AfD-Chef Björn Höcke die Aufrollung aller Corona-Urteile. Im März 2020 wurde nämlich die Corona-Risikobewertung des Robert-Koch-Instituts auf politischen Druck hin von »mäßig« auf »hoch« hinaufgesetzt. Daraufhin äußerte sich der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Björn Höcke, zu dem Fall. Seiner Meinung nach müsse die gesamte »Pandemie-Rechtsbeugung« neu bewertet werden, da alle bundesdeutschen Urteile zur Corona-Thematik auf den Einschätzungen des RKI beruhen. (Quelle: AfD Thüringen) In diesem Zusammenhang weist die *Bild-Zeitung* (21.3.2024) auf den Fall eines Mannes aus Fulda, der 2023 aus der Bundeswehr entlassen wurde. Im März und Juli 2022 war er in der Rhön-Kaserne eingesetzt, wo er den Befehl zur Impfung gegen Covid-19 erhalten, ihn jedoch verweigert habe, weswegen das Gericht ihn nun zu einer Geldstrafe in Höhe von 4050 Euro verurteilte. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar eine Freiheitsstrafe gefordert.

**Gericht verlegt Prozeß gegen Björn Höcke hinter Panzerglas.** Laut Anklage soll Björn Höcke am 29. Mai 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Merseburg in seiner Rede gerufen haben: »Alles für unsere Heimat, alles für Sachsen-Anhalt, alles für Deutschland.« »Alles für Deutschland« ist eine verbotene Losung der Sturmabteilung (SA) von Adolf Hitlers NSDAP. Höcke muß sich daher wegen des Vorwurfs der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger

Organisationen vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß der Vorsitzende der AfD in Thüringen, der früher Geschichtslehrer war, geußt haben wird, daß es sich beim letzten Teil des Spruches um eine verbotene NS-Parole handelte – was er bestreitet. Nun heißt es, daß der Gerichtsprozeß gegen Björn Höcke am 29. Mai 2024 in Halle hinter Panzerglas (!) im Hochsicherheits-Bereich des Gerichts stattfinden soll, und zwar wegen »Sicherheitsbedenken und aus Platzgründen«: Im Fall einer Verurteilung drohen drei Jahre Haft. Höcke, dessen Immunität bereits zum siebten Mal aufgehoben worden sei, schrieb von einer »Justizkeule gegen Dissidenten«. (Quellen: u.a. *bild.de*, 9.2.24)

**Offenbar darf man Arbeitslosen in Deutschland nichts zumuten.** Seit einiger Zeit bremst akuter Personalmangel viele Einrichtungen und Unternehmen empfindlich aus (siehe *FF 4/23*), nicht nur in der Gastronomie, an Flughäfen oder in der Logistik. Weil besonders dort Mitarbeiter fehlen, stehen wir alle immer häufiger vor verschlossenen Türen oder müssen lange warten. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und die Bundesagentur für Arbeit wollen gegensteuern, indem für einfache Hilfsjobs 25.000 ungelernete Hilfskräfte aus dem Ausland geholt werden sollen. Da fragen sich einige zu Recht: Gäbe es in Deutschland, wo 1,5 Millionen Arbeitslose ohne Berufsausbildung sind, nicht genügend Menschen, die diese Tätigkeiten übernehmen könnten? Der Journalist Nikolaus Blome fragt deshalb: »Will man die nicht belästigen?« (Quelle u.a.: *spiegel.de*, 26.2.24)

**Die Kirchen fallen wieder und weiterhin negativ auf.** Der parteilose Pfarrer Martin Michaelis aus Gatersleben hat in Quedlinburg für die AfD an der Stadtratswahl teilgenommen. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland entzog dem Mann nun die Verantwortung für seinen Pfarrbereich. Das »Gedankengut der AfD« sei nicht mit dem Amt als Geistlicher vereinbar. Über den Hinauswurf werden Gerichte zu entscheiden haben. Die Kirche kann ihn nicht einfach rauswerfen, zumal er verbeamtet ist. Sie wird ihn an irgendeine entlegene Stelle verbannen und aushalten müssen, bis der Tod sie scheidet. Und im badenwürttembergischen Weil am Rhein hat die katholische Kirche wiederum eine ehrenamtliche Helferin, die bisher Kindergartenkindern die Ostergeschichte vorlas, rausgeworfen, da sie für die AfD bei einer Gemeinderatswahl kandidiert. Daher vertrete sie ein »ausgrenzendes Menschenbild«. Währenddessen hält der Berliner katholische Erzbischof Heiner Koch es für »nicht nachvollziehbar«, daß katholische Christen Mitglieder in der AfD sind. (Quellen: *welt.de* u. *jungefreiheit.de*, 28.3.24)

**Compact-Magazin fliegt aus zahlreichen Bahnhofsbuchhandlungen.** Bereits 2021 attete der Verfassungsschutz das *Compact*-Magazin als rechtsextremistisch eingestuft; trotzdem wird es weiter in zahlreichen Bahnhofsbuchhandlungen verkauft. Nun hat das Unternehmen Valora, das in Deutschland mehr als 150 Bahnhofsbuchhandlungen betreibt, Anfang Februar den Verkauf der Zeitschrift »unverzüglich« gestoppt. Für das Magazin ein harter Schlag, denn gerade an den Kiosken hat es große Wirkung entfaltet. (Quelle: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 6.2.24)

## Buchempfehlungen



### Martin Sellner · **Remigration. Ein Vorschlag**

Martin Sellner formuliert in seinem Buch einen Vorschlag, wie die Remigration kulturell, ökonomisch, politisch und religiös nicht assimilierbarer Ausländer gelingen könnte. Weil er um die Brisanz dieses politischen Richtungswechsels weiß, betont er in seinem Buch die Abgrenzung der Remigration von unmenschlichen Szenarien. Remigration hat mit Vertreibung nichts zu tun. Für Sellner ist »Remigration« ebenso ein Schlüsselbegriff für die kommenden Jahrzehnte wie »Identität« und »Freiheit«. Ein wichtiger Beitrag im Kampf um Begriffe (150 S., br., € 17.-)



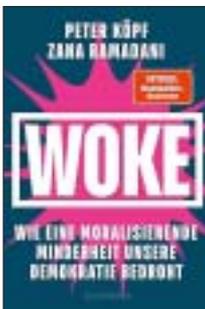
### Peter Orzechowski · **Chaos**

Das geplante Chaos zur Errichtung einer Neuen Weltordnung ist im Gange. Auf dem Weg zur Neuen Weltordnung ist jetzt die zweite Stufe erreicht. Das Denken der Menschen wird verwirrt: durch die Umwertung von Begriffen, die Zerstörung von Werten, das »Canceln« von Vertrautem, die Verbreitung von Fake News und vieles mehr. Chaos soll die Welt in ihren Grundfesten erschüttern. Der perfide Plan dahinter: Wenn alles aus den Fugen gerät, wünschen sich völlig verängstigte Bürger nichts sehnlicher, als dass endlich wieder jemand für Ordnung sorgt. Die Menschen sind dann bereit, sich jedem Diktat des vermeintlichen Retters zu beugen. (240 S., geb. € 19.99)



### Christian Hoyer · **US-Stellvertreter-Weltkrieg in der Ukraine und Gaza**

Der Jurist zeigt wesentliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Kriege auf und legt den Finger in zahlreiche Wunden, die die deutsche Kriegspropaganda verschweigt. Tatsächlich ist der Krieg seit der gescheiterten Sommeroffensive 2023 für die Ukraine und die USA militärisch verloren. Er wird zu »politischer Gesichtswahrung« von den USA und ihren Verbündeten wie Deutschland gleichwohl fortgesetzt. Hoyer liefert einen Friedensvertragsentwurf für die Ukraine. Die Kriegsbeteiligung Deutschlands am Gaza-Krieg sieht der Autor als grundgesetz- und völkerrechtswidrig an. (460 S., geb. € 32.-)



### Peter Köpf · **Woke**

Die halten sich für wissend und klüger als die Mehrheit: die »Aktivisten« der WOKENESS. Ihr Marsch durch die Institutionen verändert die Regeln in Hochschulen, Verwaltung, Medien und Parteien. Im Kampf für immer mehr angebliche Opfergruppen nötigen sie der Mehrheit neue Regeln auf – ohne demokratische Legitimation. Was die WOKEN für eine egalitäre Politik halten, ist eine elitäre. Wer sich wehrt, wird ausgegrenzt und diffamiert. Wohin aber gehen Menschen, wenn sie sich von den Säulen des Staats bevormundet sehen? WOKENESS ist toxisch für die Demokratie. (288 S., geb. € 22.-)

## Ein deutsches Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Alle Besucher des GfP-Kongresses kannten ihn; er war jedes Jahr da, immer präsent, stets bereit, sich einzubringen, zuletzt im Herbst 2022, als er in den Vorstand der GfP gewählt wurde: Jürgen Schützinger. Nun ist er am 22. Februar von uns plötzlich weggegangen. Ein großer Verlust. Er war im eigentlichen Sinne des Wortes ein *Rechter* durch und durch, also ein Gradliniger, ein Kämpfer, ein leidenschaftlicher »waschechter Nationaldemokrat«, wie er sich gern nannte. Besonders volksnah suchte er den Kontakt zur Basis und veranstaltete bis zuletzt gemeinsam mit seiner Frau Reinhild regelmäßig überparteiliche Bürgerstammtische im Schwarzwald.



Nach seinem Schulabschluß im Jahre 1970 trat Jürgen Schützinger in den Dienst der Polizei des Landes Baden-Württemberg ein, wurde bereits 1972 mit 19 Jahren zum Oberwachmeister befördert. 1982 wurde er aufgrund seiner politischen Betätigung in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands im Zuge des sogenannten »Radikalenerlasses« aus dem Staatsdienst entlassen. Besonders pikant dabei: Das Innenministerium wurde erst 1976 auf ihn aufmerksam, weil er zur Oberbürgermeisterwahl seiner Heimatstadt Villingen-Schwenningen und für die Bundes- und Landtagswahl kandidierte. Jahrzehntlang galt Jürgen Schützinger als landes- und bundesweite Galionsfigur am rechten Rand des Parteienspektrums und als Phänomen auf lokaler Ebene in Baden-Württemberg. Die Zahlen sprechen für sich: Seit 1978 war er Landesvorsitzender der NPD Baden-Württemberg und dann ab 1982 sogar Bundesgeschäftsführer. Im Jahre 1991 gründete er gemeinsam mit Martin Mußnug die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH). Im Jahre 2005 wurde er erneut zum Landesvorsitzenden der NPD gewählt und war seit 2013 Beisitzer des Landesvorstandes. Auf lokaler Ebene zog er 1980 in den Stadtrat Villingen-Schwenningen ein, wo er bis zu seinem Tod zum Verdruß der Blockparteien kaum jemals mit seiner rechten Meinung hinter dem Berg hielt. Von 1984 bis 2019 war er ebenfalls Mitglied des Kreistages Schwarzwald-Baar. Als Jürgen Schützinger 2019 für seine 40-jährige Gemeinderatstätigkeit das Verdienstabzeichen in Gold mit Lorbeerkrantz zu Recht erhalten sollte, wurde der OB der Doppelstadt Villingen-Schwenningen, Jürgen Roth, vom Städtetag zurückgepfiffen: »Man kann nicht die Demokratie bekämpfen und sich dafür von der Demokratie ehren lassen«, hieß es vom Städtetag. Immerhin gedachte der Villingen-Schwenninger Gemeinderat seiner am 28. Februar in einer Schweigeminute. Besonders infam: Ein Vertreter des Gutmenschtums sah sich gezwungen, seinen Unmut ob dieser Ehrung seitens des Gemeinderats in Form eines Leserbriefs in der lokalen Presse kundzutun.

Seiner besonders geschätzten Witwe Reinhild möchte die Redaktion des *Freien Forums* auch im Namen der Leser ihr herzliches Beileid ausdrücken. ■

## Hinweise und Mitteilungen

### Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: [gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de](mailto:gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de)

[www.gfp-netz.de/](http://www.gfp-netz.de/) [www.facebook.com/www.gfp-blog.de/](https://www.facebook.com/www.gfp-blog.de/)

Finden Sie nicht, liebe Leser, daß Deutschland – damit meinen wir die Amtsträger und ihre steuerlich geförderten Sympathisanten – mit der Demokratie zunehmend fremdelt? Schwerpunkt dieser aktuellen Ausgabe des *Freien Forums* ist der im Februar vom Bundesinnenministerium verkündete 13-Punkte-Paket zur entschlossenen Bekämpfung des Rechtsextremismus – im Namen der wehrhaften Demokratie. Wir haben aufgezeigt, daß diesem Aktionspaket in Wirklichkeit vor allem der Gedanke zugrunde liegt, den drohenden Wahlerfolg der AfD mit allen Mitteln zu verhindern. Künftig sollen auch Äußerungen »unterhalb der Strafbarkeitsgrenze« verfolgt werden: Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang ließ die Katze aus dem Sack, als er anmerkte, daß etwas trotzdem »staatswohlgefährdend« sein könne, auch wenn es keine strafrechtliche Relevanz habe. Ein bedenklicher Angriff auf die Meinungsfreiheit. Wenn der Staat bestimmt, was gesellschaftlich unerwünscht ist und Andersdenkende als Feinde sieht, dann überschreitet er die bekannte rote Linie und zerstört, was er eigentlich zu schützen vorgibt: die Demokratie. Und ich denke natürlich an den *anders denkenden* Teil unserer Gesellschaft, der solcherart diffamiert wird.

Ich möchte bereits auf den Jahreskongreß der GfP hinweisen, der wie im vorigen Jahr, im grünen Herzen Deutschlands, in Thüringen, vom 30. August bis 1. September stattfinden wird. In der zweiten Ausgabe des *Freien Forums*, die Ende Juni/Anfang Juli erscheinen soll, werden neben dem Generalthema die Namen der Referenten und die von ihnen behandelten Themen bekanntgegeben. Die Einladung zur Mitgliederversammlung am Freitag, dem 30. August 2024, um 20.00 Uhr und das Programm mit dem Ablauf der Tagung, zu den Einzelheiten der Anmeldung mit der Tagungsgebühr und den Übernachtungskosten wird zeitnah verschickt. Anmeldungen sind jedoch ab sofort möglich an das Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik zu richten (/siehe oben)

Und die GfP hat einen ganz lieben, immer hilfsbereiten, stets um die nationale Sache kämpfenden Kameraden verloren: Jürgen SCHÜTZINGER

Ihre Margret Nickel

**Konto für Beiträge  
und Spenden:**

**GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK**

**IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07**

**Beilagenhinweise:**

**Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung**

**DAS  
FREIE  
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal